

# Übersichten

Oktober 1999

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Carter für „Ein-China-Politik“

Der frühere amerikanische Präsident Jimmy Carter hat sich zum zwanzigsten Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA nachdrücklich dafür ausgesprochen, ohne Zögern und Taktieren an der damals beschlossenen Linie der „Ein-China-Politik“ festzuhalten. In einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur verwies er darauf, daß auch die gegenwärtige Administration unter Präsident Clinton nicht von dieser politischen Linie abweiche. So habe Washington ganz eindeutig kritisch auf den „Versuchsbalon“ reagiert, den Taiwans Präsident Lee Teng-hui mit seinem umstrittenen Vorschlag der Einführung von „Staat-zu-Staat-Beziehungen“ zwischen der Insel und dem Festland hatte steigen lassen. „The Clinton administration reaffirmed its policy 'on the fact that there is only one China and Taiwan is a part of China.'“ Das sei die gleiche politische Linie, die er als Präsident vor zwanzig Jahren verkündet habe und die zur Normalisierung

der beiderseitigen Beziehungen einen entscheidenden Beitrag geleistet habe. Ferner hoffe er, daß die Verantwortlichen in Taiwan „never contradict the basic promise on which the American and Chinese diplomatic relations are grounded“. Allgemein äußerte sich Carter bemüht optimistisch, daß das künftige Verhältnis zwischen beiden Mächten stärker von Elementen der Zusammenarbeit bestimmt sein werde als von Konflikten. Er gehe davon aus, daß beide Länder „stand side by side for global economic progress, world peace and regional stability“.

In ähnlicher Richtung äußerte sich auch George Bush, ein weiterer Ex-Präsident. Er sehe Hongkong in einer „Modellfunktion für Taiwan“. „The Taiwan issue is purely an internal affair of China, and should be resolved through negotiations by both sides. The Hong Kong model can serve as an exemplary role in resolving the Taiwan issue.“ Seiner Überzeugung nach sei jeder Versuch der äußeren Einmischung in das komplizierte Verhältnis zwischen Taipei und Beijing, gleich von wem er unternommen werde, eindeutig zum Scheitern verurteilt. Das Hongkong-Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ habe sich bisher außerordentlich bewährt, womit bewiesen sei, daß „the Chinese government is faithful to its promise“. Daß diese Bewertung der Abläufe in Hongkong nicht von allen amerikanischen Politikern geteilt wird, kam indirekt in einer „Rundumschlagkritik“ zum Ausdruck, die Bush am Niveau der Asienkenntnisse zahlreicher Kongreßmitglieder übte. „Many members of the U.S. Congress know little about Asia or about the mainland specifically and this is reflected in their ill-informed comments on the progress made on both human rights and economic issues...It's not just how China behaves but also how the US is going to behave“.

Es ist zu vermuten, daß die öffentlichen Aussagen der beiden Ex-Präsidenten in einem engen Zusammenhang mit Überlegungen im amerikanischen Kongreß stehen, die militärische Zusammenarbeit mit Taiwan deutlich zu steigern. Stichwort: Taiwan Security Enhancement Act! Aus chinesischer Sicht würde die Realisierung dieser Absichten dazu führen, daß die militärischen Beziehungen

zwischen Taiwan und den USA wieder das hohe Niveau von vor 1979 erreichen. Das müßte zu schweren Belastungen des Verhältnisses mit China führen: „If the act were passed, the United States will no longer treat Taiwan as part of China but as an American military alliance.“ (XNA, 2.10.99; SCMP, 16.10.99; SWB, 18.10.99; XNA, 30.10.99) -ma-

### 2 NVK-Delegation in Washington

Mitte Oktober hielt sich eine dreizehköpfige Besuchsdelegation des Nationalen Volkskongresses zu einem fünftägigen Besuch in Washington und New York auf. Es war das erste Mal, daß der amerikanische Kongreß eine offizielle Einladung an die chinesische Gegeninstitution ausgesprochen hatte. Demgemäß standen im Mittelpunkt des Besuches mehrere längere Gesprächsrunden mit Vertretern der sogenannten „Inter-parliamentary Exchange Group of the U.S. Congress“ zu bilateralen Fragen, insbesondere zu Aspekten des Handels, der regionalen Sicherheit und der zu verbessernden Kommunikation zwischen beiden „Parlamenten“. Man beschloß u.a., den beiderseitigen Meinungsaustausch auf einer möglichst regelmäßigen Basis zu intensivieren. „Such a relationship is important in promoting the development of bilateral relations between the United States and China.“ Von chinesischer Seite wurde der Besuch als „ein guter Anfang“ eingestuft. (XNA, 15.10., 16.10., 19.10.99) -ma-

### 3 „Asien-Quiz“

Mitte Oktober führte die Henry Luce Foundation eine Testbefragung amerikanischer Bürger zu Asien durch - mit folgenden Ergebnissen (\* richtige Antwort):

Der US-Handel mit Europa ist größer als der Handel mit Asien - ja 36%, nein 48%\*, weiß nicht 16%.

Taiwan ist Mitglied der Vereinten Nationen - ja 26%, nein 50%\*, weiß nicht 24%.

Die Philippinen waren einst ein Territorium der USA - ja 58%\*, nein 30%, weiß nicht 12%.

Australien ist ein wichtiger Rindfleischlieferant der USA - ja 36%\*, nein 47%, weiß nicht 17%.

Die Hauptstadt Nordkoreas ist Seoul - ja 39%, nein 45%\*, weiß nicht 16%.

Hongkong ist kürzlich ein unabhängiges Land geworden - ja 30%, nein 57%\*, weiß nicht 13%. (SCMP, 20.10.99) -ma-

#### 4 Präsidentenbesuch in Europa

Im Oktober unternahm Chinas Präsident Jiang Zemin eine insgesamt siebzehntägige Besuchsreise mehrerer Länder Westeuropas und des Nahen Ostens (Großbritannien, Frankreich, Portugal, Marokko, Algerien, Saudi Arabien). Bereits vor Reiseantritt wurde von chinesischer Seite eingeräumt, daß es wenig konkrete Vorhaben gebe. „The purpose is not to reach an agreement on detailed issues or any detailed matter“ (Guan Chengyuan, Sprecher des Außenministeriums). Die Vermutungen gingen dahin, daß es Jiang wohl in erster Linie darauf ankomme, seine internationale Reputation als „Staatsmann“ zu stärken oder, wie es diplomatisch hieß: „Visit involves high etiquette, profound friendship“. Wenn dies tatsächlich das entscheidende Motiv des Reiseunternehmens gewesen sein sollte, so erwies sich zumindest der Aufenthalt in Großbritannien als eindeutig kontraproduktiv. Um der zahlreichen Protestaktionen gegen chinesische Menschenrechtsverletzungen Herr zu werden, befand sich die britische Polizei in einem Dauereinsatz, dessen Charakter als „heavy police tactics“ beschrieben wurde, was die prestigefördernde Fernsehberichterstattung für den chinesischen „Hausgebrauch“ ziemlich erschwerte. Den eigentlichen Affront beging jedoch Prinz Charles, der unter Vorwänden einem Essen zu Ehren des chinesischen Präsidenten in der chinesischen Botschaft fernblieb. Die Mundpropaganda besagte, der Prinz habe seinen stillen persönlichen Protest gegen die Tibetpolitik Beijings demonstrieren wollen. Im Gegensatz zur Öffentlichkeit war die britische Regierung bemüht, die brisante Menschenrechtsfrage „dezent“ vorzubringen, aber der Eindruck einer gestörten Atmosphäre ließ sich nicht mehr bereinigen. Dementsprechend wehrte sich

Jiang mit verständlicher Heftigkeit gegen die Vorwürfe ebenso massiver wie fortlaufender individueller Menschenrechtsverletzungen Chinas unter seiner Führung. Der Tenor seiner Ausführungen entsprach der bekannten Argumentationsweise für „asiatische Menschenrechte“. Es komme seinem Land in erster Linie auf die Verwirklichung sozialer Rechte und die Überwindung der Armut an, weil ansonsten auch alle anderen Rechte keine Realisierungschancen hätten.

In Frankreich verlief der Besuch unter wesentlich geringeren „Störgeräuschen“. Das galt sowohl für das geringe Ausmaß an öffentlichen Protestaktionen als auch für die offiziellen Gespräche, da französische Regierungsvertreter in der Regel Menschenrechtsfragen deutlich zurückhaltender zu behandeln pflegen als ihre Nachbarn. In Portugal standen die Vorbereitungen zur Rückgabe Hongkongs an China im Mittelpunkt der Gespräche (siehe Übersichten Macau).

Der anschließende Besuch der drei arabischen Staaten sollte nicht nur bilateralen Fragen dienen, sondern zugleich auch die Rolle der Volksrepublik als ein Land betonen, das nachhaltig darauf ausgerichtet ist, „to consolidate unity and cooperation between China and the large number of African countries and Arab Islamic countries“. (SWB, 16.10.. 18.10.99; FT, 17.10., 18.10., 21.10. 99; IHT, 23.10.99; AWSJ, 18.10.99) -ma-

---



---

## Innenpolitik

---



---

#### 5 Vorbereitungen und Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der VR China

Am 1. Oktober wurde in China feierlich der fünfzigste Jahrestag der Gründung der Volksrepublik begangen, die von Mao Zedong am 1. Oktober 1949 auf dem Tiananmen-Platz im Zentrum Beijings ausgerufen worden war. Das Jubiläum markierte ein bedeutendes politisches Ereignis, für dessen Vorbereitung ein beträchtlicher materieller und ideeller Aufwand getrieben worden war (zur offiziellen Aufbereitung der Geschichte der VR China im

Vorfeld des Jahrestags vgl. die Analyse in diesem Heft).

Umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen wurden zunächst im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und städtebaulicher „Verschönerung“ Beijings betrieben. Dazu zählten die Fertigstellung eines neuen Flughafen-Terminals, einer neuen Stadtautobahn und einer neuen U-Bahn-Teilstrecke ebenso wie die Neueröffnung der zentralen Wangfujing-Einkaufsstraße als moderne Fußgängerzone, der Abriß von Baracken und kommerziellen Werbeplakatwänden entlang der west-östlich über den Tiananmen-Platz führenden Prachtstraße Chang'anjie und schließlich die Renovierung des Tiananmen-Platzes und der daran angrenzenden öffentlichen Gebäude. Als Kosten für die baulichen Maßnahmen in Beijing wurden von verschiedenen Quellen Beträge von 110 bis 118 Mrd. Yuan genannt. Innerhalb des Medienapparats soll von zentraler Stelle angeordnet worden sein, die Infrastrukturprojekte nicht als „Geschenke“ für den 50. Jahrestag, sondern als „gute Taten der Regierung für das Volk“ zu präsentieren (SCMP, 22.9.99; NZZ, 29.9.99; IHT, 30.9.99).

Zu den Vorbereitungen im materiellen Bereich zählten weiter eine Reihe von landesweiten Maßnahmen zur Anhebung der Einkünfte der städtischen Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen. So wurde Anfang September beschlossen, die finanziellen Hilfeleistungen des Staates für Arbeitslose und sozial Schwache rückwirkend zum Juli d.J. sowie die Bezüge von Angestellten im öffentlichen Dienst, in Staatsunternehmen und von Rentnern staatlicher Unternehmen zu Mitte September d.J. um bis zu 30% anzuheben. Den Rentnern sollten außerdem ausstehende Pensionen rückwirkend zum Juni 1996 ausbezahlt werden. Betont wurde, daß es sich um die höchsten Einkommenssteigerungen seit 1949 handle. Die Gesamtkosten für die Einkommenserhöhung im laufenden und im kommenden Jahr werden von offizieller chinesischer Seite auf 65,2 Mrd. Yuan geschätzt. Davon sollen 54 Mrd. Yuan aus dem nationalen Budget, der Rest aus den Budgets mehrerer reicher Großstädte und Provinzen gedeckt werden (SWB, 31.8.99; HB, 7.9.99; AWSJ, 7.9.99; vgl. auch C.a., 1999/9, Ü 30).